

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Galle mit 15 Pf. bestrahlt und in der Expedition von unten Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angemessen. Bestellen die Zeile 50 Pf. Einzelne werden nicht gedruckt; Sonntags und Feiertagen einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Paale-Beitrag.

Einunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden die festlich geschmückten Strohen nach der Königsblüte, wofür ein unter Führung des Generaldirektors Jungblaus die Hütte in allen Theilen besichtigt. Sodann wurde in einem eigens errichteten Saal ein Frühstück eingenommen. Von hier begab sich der Kaiser direkt zum Bahnhof, von wo um 8 1/2 Uhr mittels Sonderzuges die Weiterfahrt nach Weich erfolgte.

Nr. 533.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 13. November.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 12. Nov. Der Kaiser traf heute nachmittag 2 1/2 Uhr in Königsblüte ein und begab sich alsbald nach Begrüßung zum Empfangen anwesenden Herren mit dem Herrn seiner Begleitung durch die festlich geschmückten Strohen nach der Königsblüte, wofür ein unter Führung des Generaldirektors Jungblaus die Hütte in allen Theilen besichtigt. Sodann wurde in einem eigens errichteten Saal ein Frühstück eingenommen. Von hier begab sich der Kaiser direkt zum Bahnhof, von wo um 8 1/2 Uhr mittels Sonderzuges die Weiterfahrt nach Weich erfolgte.

Der Staatsminister von Hilow, Staatssekretär des Auswärtigen, wurde, laut Meldung aus Rom, heute vom Papste in einer dreiviertelstündigen Audienz empfangen. Nach Empfang der Handschloß die Gemahlin des Staatsministers. Der preussische Gesandte am päpstlichen Hof, von Hilow, hatte den Minister zum Vatikan begleitet. Nach der Audienz statierte der Staatsminister mit seiner Gemahlin auch dem Kardinal Napolitano einen Besuch ab.

Der neuernannte kaiserliche Vizekonsul in Konstantinopel Freiherr Marquall von Bieberstein befindet sich augenblicklich noch auf seiner Weisung Neuseelanden bei Jagdflügen in Pader; sein Gesundheitszustand ist noch immer schwach, so daß Herr von Marquall den Votischalterposten in Konstantinopel, namentlich in Hinsicht auf die jetzt dort herrschende unangenehme Witterung, vorzuziehen noch nicht wird ansetzen können. Aus Anlaß der Erennung des Herrn von Marquall zum deutschen Vizekonsul am türkischen Hofe hat der Sultan auch an ihn ein „sehr hübsches“ Schreiben gerichtet.

Der interinmalische türkische Gesandtschafts-General der Berlinerer Tewfik Pascha, welcher an Stelle des bisherigen Vizekonsuls gewählt von der Berliner Hofen beurlaubt worden ist, hat heute morgen den Auswärtigen Amlen seinen Abschied gemacht. Alsdann begann er seine Reisen bei den hiesigen Votischalter.

Die über das Befinden des Fürsten Bismarck neuerdings verbreiteten ungünstigen Meldungen werden jetzt auf Grund zuverlässiger Nachrichten als unrichtig eingestuft. In einer klaren Wendung in dem Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck seine sein Bede sein; ebenfalls wenig trübe es an, daß zur Zeit ein außerordentlich großer Reich von Familienmitgliedern in Friedrichsruhe verarmet ist.

Der Staatssekretär des Reichspostamtes von Wobbeleski besuchte heute in Begleitung des Bezugsbüreau-Präsidenten und des Postkommissars Kempfenacker und unter Führung des Geh. Kommerzienraths Herrs die Berliner Hofe; er arbeitete er werde etwaigen Wünschen wegen Verbesserung des telegraphischen und telephonischen Dienstes an der Hofe entgegenkommen.

Der „Germania“ zufolge traf sich Kaiser von Süd-Schweden in Berlin ein, welcher in der letzten Zeit in Wilhelmshöhe Stadt verweilt. Er wurde gestern vom Reichskanzler empfangen und zur Tafel gezogen.

Die Arbeiten des Reichstages.

Der Reichstag ist, wie wir meldden, auf Dienstag, 30. Nov., einberufen worden. Außer dem Reichspostgesetz wird dem Reichstag die lange erwartete Militärstraßprojektorreform vorlage besichtigt, daneben eine Marinevorlage, Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Straßprojektorreform, sowie zur Entwurfprojektorreform. Die Frage der Entschädigung unzulässig Verweilnehmer soll in einem besonderen Gesetzentwurf gelöst werden, endlich soll die Postdampfschiffverordnungen, die in vergangener Sitzung unterbreitet blieb, von neuem erscheinen. Von allen diesen Vorlagen wird, wie üblich, der Reichspostgesetz dem Reichstage als erste gegeben. Ein Theil des Einzelstaats ist schon an den Bundesrat gelangt, der Rest wird diesem so rechtzeitig unterbreitet werden, daß der Reichstag den Etat bei seinem Zusammentritt vorfinden wird. Zur Marinevorlage wird der mündigen „Allg. Ztg.“ geschrieben: „In engler Verbindung mit dem Etat steht die Marinevorlage, die die Neuordnungen in ordentlichen Etat der einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung zu erklären bestimmt ist, gleichzeitig aber auch Aufklärung über die Ziele geben wird, die die Regierung für die nächste Zeit beim Fortbau

verfolgt. Es ist aber auch wahrscheinlich, daß sie in irgend einer Form eine Verbindung für die Zukunft enthält, weil man sonst schwerlich von der früher innegehaltenen Form der Besatzung einer Denkschrift zum Statut, wie sie nach der Entschädigung für 1890/91 entworfen abgegangen wäre. Die erwähnte Denkschrift unterwies auch einen Fortbauplan für mehrere Jahre, die damals geforderten Kreuzer sind indessen noch immer nicht in ihrer ganzen Anzahl bewilligt. Man will sich durch die Vorlage wohlwollig gegen die sämtlichen Vorkämpfer in der Zukunft sichern. Zu äußern wird der Etat für das nächste Jahr überhaupt Liberalitäten enthalten. Im Militärstatut werden sich zwar einige Neuordnungen befinden, jedoch sind sie theilweise schon früher in Aussicht gestellt, theilweise Konsequenzen früher gefasster Beschlüsse.

Über den sachlichen Inhalt der Marinevorlage sind verbürgte Nachrichten bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, ebensowenig über den Entwurf einer Militärstraßprojektorreform, von dem man nur weiß, daß die Mündigkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens grundsätzlich durchgeführt werden sollen. Da die kurze Zeit vom Zusammentritt des Reichstages bis zu den Weihnachtsferien zum großen Theil der ersten Teilung des Etats gelten dürfte, werden die wichtigeren Aufgaben erst im neuen Jahre gelöst werden können.

Zur letzten Sitzung des Bundesrats meldet die „Post“ folgendes:

„Nach der gestrigen Sitzung des Bundesrats hat ansehend eine Entscheidung über das Einverständnis der Militärstraßprojektorreform noch nicht gebracht. Daß in diesem die Frage des bairischen Referats rechtens erledigt werden soll, haben wir bereits mitgeteilt. Zwischen Bayern und Preußen scheint über diesen Teil des Entwurfs völlige Einigkeit zu herrschen. Nichts scheint es allerdings zu sein, daß die solche zwischen den anderen Bundesstaaten und Bayern noch nicht in allen Punkten besteht. Die wesentlichen Abschnitte, für die überhaupt eine Reform angebracht wird, werden natürlich dadurch eigentlich nicht betroffen, so daß die Auffassung wohl berechtigt erscheint, daß die Reform selbst vom Bundesrat bereits gutgeheißen worden ist. Wenn durch diese die Öffentlichkeit des Verfahrens garantiert wird, so dürfte es sich auf der anderen Seite bestätigen, daß einen etwaigen Widerspruch dieses Reichstages eine Reihe von Punkten vorweggen wird, die zweifellos in Interesse der Heeresdisciplin notwendig sind. Wenn diese „Reinhalten“ nur nicht mit den besprochenen „Kompensationen“ verknüpft haben!

Sachsen

marzschrit zwar noch immer nicht an der Spitze der Civilisation, hat aber einen unüberwindlichen Fortschritt gemacht mit dem seinem Landtage vorgelegten Entwurf auf Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine. Dieser Gesetzentwurf lautet, wie schon von uns erwähnt:

„Die Verbindung von Vereinen unter einander ist zulässig. Politische Vereine dürfen mit außerdeutschen Vereinen nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern in Verbindung treten.“

Die Begründung lautet wie folgt:

„Nach § 24, § 25 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsverbote enthält, vom 21. November 1848 dürfen Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, wenn sie sich nicht der Bestrafung und Auflösung aussetzen wollen, nur dann Zweigvereine bilden und sich mit anderen Vereinen in Verbindung geben, wenn sie das Recht der Bürgerchaft erlangt haben und ihnen jene Rechte ausdrücklich mitgeteilt worden sind. Nach dem in § 24, § 25 der Sitzung vom 17. Juni 1897 des Reichstages, der die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine zum Inhalt hat, ist die Verbindung von Vereinen unter einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben“ angenommen und der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstages vom 27. Juni 1896 auf Grund der zwischen den beteiligten Regierungen gestellten Gegenseitigen die Zustimmung abgegeben hat, daß es in der Absicht der verbundenen Regierungen liegt, daß in verschiedenen Bundesstaaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit zu setzen, hat die Regierung in Gemäßheit dieser Beschlüsse beschlossen, den § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes zu ändern. Der Entwurf sichert inländischen Vereinen jeder Art, also auch politischen und solchen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, die Befugnis zur Bildung von Zweigvereinen und die volle Verbindungsfreiheit mit inländischen und deutschen Vereinen. Dagegen kann die Befugnis auf Verbindungen politischer Vereine mit außerdeutschen Vereinen nicht ohne weiteres ausgedehnt werden, da solche internationalen Verbindungen geeignet sein könnten, unsere inneren staatlichen Interessen, wie unsere Beziehungen zu fremden Staaten zu schädigen. Für die Fälle, wo dieser internationale Verkehr unbedenklich erscheint, löst daher das Ministerium des Innern ermächtigt sein, Genehmigung zu erteilen, als ausnehmend Bedachte ist das Ministerium des Innern angenommen worden, in diesem Falle ein einheitliches Verfahren sicher zu stellen.“

Diese Begründung ist für Preußen noch beschämender als der Gesetzentwurf selbst. Sachsen hat sich also an die Zulage für gebunden, die der Kanzler gegeben hat, und ist bereit, sie bedingungslos zu erfüllen. Preußen dagegen, dessen Ministerpräsident noch dazu mit dem genannten Kanzler eine und dieselbe Person ist, kam nachträglich mit „Kompensationen“ mit Zugaben, die das ganze Gesetz unannehmer erscheinen lassen müßten. Das sächsische Vorgehen involviret vielleicht die schwerste und beschämendste Kritik der preussischen Aktion, die man sich denken kann. Die „Post“ natürlich, die aus allen ihren Sinnen gefaselt ist ob der Thatsache, daß Sachsen einmal eine liberale Aemwandlung bekommen hat, sieht dieser in die Zukunft: „Jedenfalls darf man darauf gespannt sein, wie ein solches Experiment, das das letzte preussische Vereins- und Versammlungsgesetz ohne Befreiung der staatlichen Ordnung schwerlich übertragen könnte, in Sachsen ausfallen wird.“

Hieraus wäre der Reichskanzler ein Mann, der die staatliche Ordnung gefährdet; denn er hätte jenes „Experiment“ auch für Preußen einführen wollen. Wir müssen aber geteilt, daß uns Herrs Hohenlohe wirklich noch nicht einen solchen staatsgefährlichen Einbruch gemacht hat!

Zu der Angelegenheit schreibt jetzt noch die „Nat. Rev.“: „Man mag es auf der Hand, daß Preußen sich nicht von Sachsen ins Privatleben drängen lassen darf. Im preussischen Landtage ist angestrichelt der Zustimmung des Herrenhauses allerdings der Weg verwehrt. Wir bringen aber in Erinnerung, daß selbst der Antragsteller im Reichstag die Zustimmung in Rechnung gestellt worden ist, es könnten einige einzelstaatliche Regierungen — an Preußen dachte man freilich nicht — dem Reichstag ungenehmen Beschlüsse nicht Rechnung tragen. Hier bieten sich heraus auf Seiten der nationalliberalen Fraktion ungenügendsten kein Zweifel, daß die Reichsregierung dann auf dem geordneten Weg der Reichsregierung die Verbindungsverbote zu befehligen verpflichtet ist.“

Wenn, wie man hier herauslesen könnte, eine reichsgerichtliche Lösung geplant wäre, so würde uns das natürlich am meisten gefallen. Aber wir glauben nicht recht an eine solche Paulus-Befreiung innerhalb der Regierung!

Parlamentarisches.

* Die auch von uns wiedererlebte Notiz der „Presf. Ztg.“ über den Mangel an Sitzplätzen auf der linken Seite des Reichstages hat die „Kreuzztg.“ schwer geärgert. Mit vor Aufregung zitternder Stimme ruft sie aus: „Wenn Herr Eugen Richter seine ungewöhnlichen Freunde durchaus auf der rechten Seite des Reichstages unterbringen will, so soll er sie doch neben die deutsch-sozialistische Formpartei plazieren, der sie in die Höhe zu verdamnen brauchen. Die Plätze der Herren Müller und Büchel, die nur nach Berlin kommen wenn es gilt, werden durch Marineforderungen zu füllen, sind so fort heil leer und Herr Liebermann v. Sonnenberg wird Herrn Schulz doch sicherlich mit herzlicher Freude willkommen heißen.“

Solche Ausbrüche des Galgenhumors zeigen besser als alles andere an, wie tief der Verfall des Wahlrechts Westpreignitz des Herz der „Kreuzztg.“ verunruht hat.

Verwaltung und Reichsjustiz.

* Von dem geplanten Reichsamt für Produktionsstatistik will die „Volksztg.“ Näheres wissen. Als Leiter des Unternehmens nenne man den früheren Unterstaatssekretär Prof. v. Meyer-Strasburg, einen erprobten Statistiker. Das Blatt kann aber versichern, daß über die Person des Leiters die Entscheidung noch aussteht; für den Fall, daß Herr v. Meyer dazu erlesen sein sollte, würde ihm auch die Professur für Statistik an der Berliner Universität übertragen werden. Dann fährt die „Volksztg.“ fort:

„Die neue Abtheilung, die dem Reichsamt des Innern formell untergeordnet, aber sonst selbständig ist, wird zunächst in enger Verbindung mit dem statistischen Institut des Innern und den einzelnen statistischen Landesämtern die Daten über die bereits verarbeiteten Produktionsstatistiken sammeln, sodann gleichartige Erhebungen veranlassen je nach den Beschaffenheiten der handelspolitischen Centralstellen, an welche alle wirtschaftlichen Korporationen, wie Handels- und Gewerbevereine, Anwaltschaftskammern, die neu errichteten Handelskammern, aber auch die großen freien Verbände der Anwälte über ihre Berichte und Aufträge senden sollen, während das Amt wiederum von ihnen Material auf Erfordern erhält. Je nach Erfordern soll die Tätigkeit des Amtes erweitert werden, wobei insbesondere die Herausgabe veröfentlichung allgemeiner zugänglich gemacht Veröffentlichen im Auge zu haben ist. Dies in allgemeinen Worten der Organisationsplan des Reichsamtes, der in allen Einzelheiten schon der nächste Etat soll eine vorerst beschließende Summe zu diesem Zwecke ausweisen.“

Ein solches Reichsamt würden auch wir mit Freuden begrüßen. Es könnte manche Verwirrliche zurechtweisen, solche Ansichten fortzujagen, dem Handel und Wandel werthvolle Fingerzeige geben und so nützlich und anregend wirken.

* Zur Hilleilung bei der Vorbereitung des Materials für die Erneuerung der Handelsverträge ist im Reichsamt des Innern in der dem Geh. Oberregierungsrat Wermuth unterstehenden Abtheilung ein besonderes wirtschaftsstatistisches Bureau eingerichtet worden. In dasselbe sind die Assessoren v. Groß und Martin berufen. Der eine bearbeitet die Zolltariffragen, während dem anderen die Aufstellungen der Produktions- und Warenstatistik zugezogen sind.

* Zu einer ganz anderen Auffassung als vor einigen Tagen das breslauer Gericht ist jetzt das Meier Schöffengericht in einer gleichen Frage gekommen. Am Donnerstag hatten die „Meier Neuen Nachrichten“ ein Extrablatt über die Preisesatzung in Sachen des Meier Schöffengericht gedruckt und vertrieben lassen. Der Redakteur Wagner und der Betreuer Major Weiss erhielten darauf einen Strafbescheid. Weiss beantragte gerichtliche Entscheidung. Der Vertheidiger wies auf das freibrechende breslauer Urteil hin, dort habe das Gericht anerkannt, daß eine sofortige Veröffentlichung im öffentlichen Interesse liegt, und die Veröffentlichung der Sache und Drucker als straflos erklärt. Der Herr Oberregierungsrat zu betrachten sei. Das Schöffengericht bestätigte indeß den Strafbescheid und führte in der Begründung u. a. aus: Die Veröffentlichung des Personalis in der Drucker am Sonntag ist nicht als dringend anzusehen und liegt nicht im Interesse des Publikums, denn es könne bei uns nicht als etwas Neues oder Wichtiges gelten, wenn zwischen Sachsen und Sachsen ein Krieg ausbräche. ()

In Berlin wurde am Sonntagabend eine von ungefähr 800 Personen besuchte Anarchistenversammlung aufgeführt, die einer Kundgebung gegen die vor 10 Jahren erfolgte Hinrichtung von vier Anarchisten in Chicago gedenken sollte. Frau Reinhold setzte die Eingekerkerten als Märtyrer so lebhaft, daß der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund

des § 5 des Vereinsgesetzes ausließe. Schlichter und Kriminalbeamte waren reichlich aufgestellt, doch fand keinerlei Ausschreitung statt.

* Auf dem obersten Hofe entwerft „Luta Bonfano“ wurden gegen 100 Beamte und Arbeiter, sämtlich Polen, verhaftet. Dasselbst wurde eine Arbeiterdeputation entbitt.

* Das (schon getarnte) Ministerium des Reichs schickte in die Provinzen eine Kommission, die die Verhältnisse der Arbeiter in den Fabriken zu untersuchen, doch das Ministerium die Angelegenheit betrieb, insbesondere auch der Gewerkschaften und Arbeiter sowie der Kirchen- und Schulvereine zu den sogenannten vaterländischen (patriotischen) Vereinigungen als mit ihren allgemeinen Dienstpflichten überein zu bringen.

Soziale Angelegenheiten.

* Der Centralrat der Gewerksvereine hat folgende Beschlüsse angenommen:

1. Entschien an den Reichstag, betr. die Herabsetzung von Vertretern der Arbeitervereine als lohnverändernden Beirath bei der Ausarbeitung eines neuen autonomen 3-Partei-Vertrags sowie bei der Vorbereitung neuer Handelsverträge.
2. Anfrage beim Reichstag, betr. die arbeitserleichternden Maßnahmen in den Reichs- und Staatsbetrieben, mit besonderer Rücksicht auf die geschäftlichen Kleinbetriebe.
3. Die Petition an den Reichstag betreffend die Durchführung und Verbesserung der Arbeitervereine, vom 20. November 1896, zum Beginn der neuen Session ihrem wesentlichen Inhalt nach nochmals — diesmal auch beim Bundesrat — einzureichen, unter Hinzufigung zweier neuer Beschlüsse, betreffend a) die Gründung eines Reichs-Vertrags mit der Reichsregierung, event. weitestgehende Abänderung des § 158 der Gewerbe-Ordnung, bezügl. Sicherung der Koalitionsfreiheit für die Arbeiter, b) Verrückung des Verbotses an einer der in Gründung begriffenen Centralräthe für internationale Arbeitervereine, und c) Verrückung des § 158 der Gewerbe-Ordnung für die freie berufsbereichliche Arbeitslosen-Versicherung im Gegensatz zu allen Zwangsprojekten, in allen Städten und Orten, wo es den Gewerksvereine (Gewerksverbände und Arbeitervereine) giebt, durch möglichst gleichzeitige öffentliche Versammlungen zu veranlassen.

Kirche und Schule.

SS Berlin, 12. Nov. Ueber die vorläufige Regu-
lierung kirchlicher Verhältnisse seitens der Regierungen hat der Kultusminister neuerdings den Behörden ein Ministerial-
Nachdrucken zugehen lassen, in welchem folgende Grundzüge aufgestellt sind:

Die Bestimmungen der §§ 707 bis 709, Titel XI, Abg. Vordruck und der Allerhöchsten Befehle vom 18. Febr. 1895 sind in öffentlichen Interesse zu lassen, die reichste Ausübung der ehemaligen kirchlichen Bauten und die Beibehaltung der dazu erforderlichen Gebühre, ferner zu lassen. Zur Erreichung dieses Zweckes sind die Ver-
einigungen der Bauvereine mit der Aufgabe betraut worden, unter
Dienhaltung des Reiches eine vorläufige Entscheidung zu treffen. Nach der Ausführung jener geistlichen Vor-
schriften ergangenen allgemeinen Verfügungen ist zwar als
Recht festzustellen, daß vor der Ausführung des Baues über
alle zur Sache gehörigen Angelegenheiten sich über die
Notwendigkeit des in Rede stehenden Baues, über den Umfang und die Art der Ausführung, sowie die
dazu zu leistenden Beiträge eine vollständige
Bestimmung zu ergehen hat, und nur ausnahmsweise ist es
unter besonderen Umständen zugelassen, während oder
selbst nach der Vollendung des Baues nachträglich eine
Ergänzung der Baukostenbeiträge des Interimismus zu re-
gulieren. Wenn aber ein Bau bereits ausgeführt und die Bau-
kosten bereits bezahlt worden sind, so ist also nur um die
Gestaltung eines Erhaltungsaufwandes des einen Bau-
verwalters gegen den anderen, nicht um den Bau-
Verwaltungsausschuss über die schwebenden Ange-
legenheiten des öffentlichen Interesse an der Sache für reichlich
erachtet und angenommen, daß die Verwaltung keinen
Verlust habe, solche ausschließlich den Privatinteressen
angehörigen Beschlüssen in den Kreis ihrer Verwaltung
zu ziehen. Durch die vorstehende Festlegung dieses Baues
überlassen werden, ihre Ansprüche im Rechts-
wege zu verfolgen. Ich verneine die Grundzüge mir als
richtig anzuerkennen. Bei dem Mangel jedes öffentlichen
Interesses an der Sache kann ich es auch nicht als die Auf-
gabe der Verwaltungsbehörden ansehen, nach Ausführung des
kirchlichen Baues und nach Beendigung der Arbeiten noch
eine referatmäßige Festlegung über die Notwendigkeit des
Baues vor Erhebung der Belege zu Gunsten desjenigen zu
treffen, welcher den Antrag auf Niederlegung der von ihm
besetzten Bauplätze gegen den angeblich dazu Verpflichteten
vor Gericht geltend machen will. Die Sache ist ihnen zu
überlassen, ohne ein solches Resultat den Reichstag zu
betreffen. Bei einem derartigen Erhaltungsaufwand hat
auch bereits der Herr Justizminister in einem Erlaß vom
23. April 1896 in Uebereinstimmung mit meinem damaligen
Herrn Ministerpräsidenten den Reichstag für zuständig erklärt.
In dem gerichtlichen Verfahren würde die gleiche
Notwendigkeit des Baues in der prozessualisch zulässigen
Weise, sei es durch Berufung auf das Zeugnis oder das Gut-
achten der Verwaltungsbehörde, sei es durch Berufung
auf Zeugen und Sachverständigen dazwischen kommen.

* Der Verein Preussischer Volksschullehrerinnen
hat an den Kultusminister eine Petition gerichtet, in welcher
eine Anleihe von 10 bis 15 Millionen Reichsmark
erbeten wird. Durch die vorstehende Festlegung dieses Baues
überlassen werden, ihre Ansprüche im Rechts-
wege zu verfolgen. Ich verneine die Grundzüge mir als
richtig anzuerkennen. Bei dem Mangel jedes öffentlichen
Interesses an der Sache kann ich es auch nicht als die Auf-
gabe der Verwaltungsbehörden ansehen, nach Ausführung des
kirchlichen Baues und nach Beendigung der Arbeiten noch
eine referatmäßige Festlegung über die Notwendigkeit des
Baues vor Erhebung der Belege zu Gunsten desjenigen zu
treffen, welcher den Antrag auf Niederlegung der von ihm
besetzten Bauplätze gegen den angeblich dazu Verpflichteten
vor Gericht geltend machen will. Die Sache ist ihnen zu
überlassen, ohne ein solches Resultat den Reichstag zu
betreffen. Bei einem derartigen Erhaltungsaufwand hat
auch bereits der Herr Justizminister in einem Erlaß vom
23. April 1896 in Uebereinstimmung mit meinem damaligen
Herrn Ministerpräsidenten den Reichstag für zuständig erklärt.
In dem gerichtlichen Verfahren würde die gleiche
Notwendigkeit des Baues in der prozessualisch zulässigen
Weise, sei es durch Berufung auf das Zeugnis oder das Gut-
achten der Verwaltungsbehörde, sei es durch Berufung
auf Zeugen und Sachverständigen dazwischen kommen.

Wirtschaftslehre.

* Der „Allg. Ztg.“ zufolge macht der Wassermangel im
Aufschießungsgebiet, wo am 10. d. 8000 Doppelquadrat
stellen, sich demnach, daß die Boden zur Verminderung
seiner Fröhenheit schreiten müßten, um nicht Kohlen auf Solde
fügen zu müssen. Auch sind anderen Gebieten, namentlich dem
Südlichen Brandenburg, wo die Wassermangel besteht, wo
durch die Wassermangel verdrängte Substanzen in große Ver-
legenheit gerathen.

* In Deutsch-Essaun besteht eine Inzucht in einem
aus drei Mitgliedern, von denen zwei, Vater und Sohn, eine
Landwirtschaft betreiben, während der dritte sich lediglich der
Jagd betreibt. Der Jagdlohn hat die Ausübung der
Landwirtschaft unmöglich gemacht, so daß die Inzucht in
abgewandelt, da es nicht nachzugehen ist, daß die Jagd, ihre
Aufgaben nicht erfüllt habe. Es wäre interessant, zu erfahren,

welche Aufgaben diese Jagd nicht erfüllt, ob
die drei vielleicht Esel sind?

Parteienströmungen.

* Der Exzer-Ausschuß (Exzer Vorstand) des Wohl-
vereins der Deutsch-Konvaleszenten wird höchstwahrscheinlich
Witte Dezember zusammenzutreten.

* Gegen die Angriffe von konservativer Seite veröffentlicht
die Parteileitung der deutsch-sozialen Reformpartei
mehrmehr eine Erklärung, in der es heißt:

„Wie schon in vielen anderen Vorfällen ist die Agitation
der deutsch-sozialen Reformpartei auch in der Westpreußen
von den konservativen durch bekannt worden, daß man die
Gefährlichkeit durch Drohungen veranlaßt hat, uns ihre Ziele zu
verweigern, daß man uns Säle, die wir schon fest ge-
rietet hätten, abgegriffen, daß man unsere Vertrauens-
männer und die Wähler eingeschüchtert hat u. dergl. m.
Weiter ist unsere Agitation durch die Kreisorganisation des
Bundes der Landwirthe unterbunden worden: man bezeichnete
den Konservativen, weil er ungenügend eintrug von den
Vertretern des Bundes aufgestellt sein sollte, von
vornherein als Bundeskandidat, statt sich unserer Agitation
gegenüber neutral zu verhalten und den Ausgang abzu-
warten. Die Bundesleitung ist nicht gegen dieses Verhalten
eingeschritten, obgleich sie von unserer Seite angerufen
worden ist.“

Zum Schluß wird in der Erklärung angekündigt, daß die
Parteileitung ihren Kandidaten bei Stichwahlen niemals em-
pfehlen werde, für den Kandidaten einer Partei zu stimmen,
die die Nationalität in großem Genossenschaftsbestande hat,
oder für einen Kandidaten, der dem antinationalen als Kandidat
des Bundes der Landwirthe entgegengetreten worden ist.

„Von den Parteien verlangen wir sachlichen Kampf, vom
Bunde der Landwirthe unbedingte Ehrlichkeit und Neutralität,
wo sich mehrere Kandidaten gegenüberstellen, die im vollen
Umfange für die Bundesforderungen einzutreten bereit sind.“

Dem Grafen Herbert Bismarck werden die Antisemitischen
in Reichstagsabgeordneten Dresden-Mitglied der bisherigen
Abgeordneten Zimmermann entgegengetreten, die sozial-
demokratischen haben Dr. G. Stadmann-Verlin aufgestellt.

See und Marine.

* Der kommandierende Admiral, Admiral von Knorr, ist
getrennt vom Urlaub wieder in Kiel eingetroffen und der Admiral
Wolter, Chef der Marineleitung der Flotte, nach Kiel wieder
abgereist. So schreibt heute der „Reichs-Anz.“; daß ist das
Uebrig der Marineleitung, die vor vier Wochen einiges Aufsehen
erregt.

* Eine Konte einer sonderbar Meldung aus Shanghai ginge
deutsche Kriegsschiffe nach dem Ort ab, wo jüngst die
deutsche Missionare ermordet wurden. — S. W. S.
Admiral, Kommandant Korvetten-Kapitän Wexler, ist am
2. Nov. in Kap (Karolinen-Inseln) angekommen und am 3. Nov.
nach Hongkong in See gegangen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat nunmehr
seinen politischen Präsidenten, das österreichische Ministerium
seinen politischen Chef hat. In der Sitzung am Freitag wurde
Herr v. Abrahamowitsch, der bisherige vice-
Präsident, mit 186 von 218 abgegebenen Stimmen zum Prä-
sidenten gewählt. 7 Stimmen waren zerstreut und 125
Stimmzettel leer abgegeben worden. Abrahamowitsch wurde
von der Rechte für ein Jahr befristet. Der weitere Verlauf
der Sitzung, die sich zu einer sehr wichtigen gestaltete, ist
folgender:

Der neugewählte Präsident v. Abrahamowitsch hielt
eine Ansprache, in der er ausführte, er betrachte es als seine
erste Pflicht, zur Gründung des Parlamentarismus beizutragen.
Anschließend wurde die Erklärung des Reichstages, die
Rechtung der Reichstagsverwaltung, die Reichstagsverwaltung,
sondern eine Verwirklichung der Lage herbeizuführen ge-
eignet sei. Eine Handlung der Reichstagsverwaltung, die
Sieg oder Vernichtung einer Partei, sondern nur durch fried-
liches Einvernehmen erreicht werden. Dazu bedürfte es des
beiderseitigen guten Willens, doch auch ausdrücklich, daß
nicht nur für das öffentliche Interesse, sondern auch für das
jenige des Gegners Verhandlung sei, jenes Willens, für den
die wichtigsten österreichische Staatsbedürfnisse den dar-
über abzugeben (Zusammenkunft), auf dem zwei in hervor-
ragende Volkswissen, wenn getriggt, die Angelegenheit der
Verhandlung nach rechts verhandelt. (Wolter'sche
rechts). Vor dieser Rede hatte die genannte Unse den Saal
verlassen. Das Haus nahm jedoch die Verhandlung der
Minister anfragen wegen der Sprachverordnungen
wieder auf. Der Ministerpräsident Graf v. Badiotti ergriff
zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich nicht
auf die Verwirklichung einer Regelung der Sprachverordnungen
auf dem Wege der Gesetzgebung betheiligen und werde, wenn
ein befristeter Antrag auf Schwierigkeiten stehen sollte und
ein Erfolg nicht zu erwarten sei, alles aufgeben, um den
Streit durch bühnlichen Volkswissen am Grund eines
Kompromisses im vollen Einvernehmen mit beiden Par-
teien einen friedlichen Ende anzuhängen. Das beweise, daß
die Regierung nicht im Bewußtsein sei, zu verhandeln. Der
Ministerpräsident fügt hinzu, daß er verdrüben könne, daß
das, was er heute erklärt habe, den Thatsachen entsprechen
und daß es nicht notwendig im Sinne ausgesprochen habe.
Die Regierung lasse sich in ihrer Ueberzeugung von der Be-
deutung des deutschen Volkswisses und der ihm in Öster-
reich gebührende Stellung durch keinerlei Vorgänge im
Saal erschüttern; sie stehe auf dem Standpunkt, allen nati-
onalen Nationalitäten gegenüber gerecht vorzugehen und
erachte dies gegenüber dem deutschen Volkswissen für eine un-
erlässliche Pflicht. Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg.
Zallinger (antifolische Volkspartei) für den erkrankten Ab-
geordneten Dipolau und führte aus, seine Partei habe niemals
eine Aktion gemacht oder eine Aktion zugestimmt, aus welcher
gefolgert werden könnte, daß sie die Sprachverordnungen
billige oder jene Reichstagsverwaltung nicht gutheißt, zu der die Re-
gierung, wie dies die letzte Rede des Ministerpräsidenten Badiotti
beweise, die Hand zu reichen gewillt sei. Abg. Zallinger
beantragt eine motivierte Tagesordnung, welche lautet:
„Indem das Haus eine Lösung der Nationalitäten-
und Sprachverordnungen nicht einseitig auf dem Wege von Verhandlungen,
sondern durch eine einseitige Vorgehensweise für erforderlich
erachtet, geht es über die Ministeranfrage zur Tagesordnung
über.“ Weiter weist auf den radikalen Zug der Opposition
hin und sagt: „Wir aber wollen nicht Revolution, auch nicht
Gegenrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution.“
Weiter drückt die Hoffnung auf Verwirklichung geordneter
Verhältnisse und beschließt, die Tagesordnung zu genehmigen,
wobei er, daß der Kaiser, der überall als Friedensfürst gesehen
werde, auch in seinem Jubeljahre von verdienten Völkern
umgeben sein werde. (Beifall.) Abg. Dr. Kronawetter
erklärt, für die Ministeranfrage stimmen zu wollen, weil die
Regierung durch den Gehalt der Sprachverordnungen ihren
Kompetenzbereich übersteigere, weil, wenn sie selbst
ein solches Verordnungsrecht bestünde, die Art und Weise, wie
sie von demselben Gebrauch macht, nicht zu billigen sei.

Die Abg. Sorik und Genossen überreichen folgenden
Antrag:

„Indem wir mit dem von der früheren Regierung und
der gegenwärtigen Regierung für die Sprachverordnungen ein-
gelegenen Weg nicht einverstanden sein können, und
indem wir es bei dieser Gelegenheit für nicht zweckmäßig
halten, uns in die meritotische Behandlung der Sprach-
verordnung einzulassen, beantragen wir, über den An-
tragtrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Kronawetter stellt namens der verfassungstreuen
Oppositionsbewegung den Antrag, das Haus wolle, indem es das
Verhalten der Regierung in Sachen der Sprachverordnungen
nicht billigt, und indem es angeht, daß der gegenwärtigen
in der deutschen Bevölkerung, sowie der sich mehrenden be-
dröhlenden Schwierigkeiten die Notwendigkeit auf's Nach-
drücklichste dahin ausdrückt, daß ohne Bezug Mittel
gefunden werden, die jetzige politische Situation zu be-
heben, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.
Er erklärt, man müsse sagen, daß die Regierung durch ihr bis-
heriges Vorgehen dem nationalen Selbstbewusstsein des größten
Vordruck leistete. Die Regierung wäre verpflichtet gewesen,
alle Kräfte des Hauses zusammenzuführen, um den Ungen die
Sache zu klären; statt dessen hat alle Kräfte des Hauses
lohnig gelassen, und die wirtschaftliche und politische Prä-
ponderanz Ungarns wachse noch beständig. Die innere
politische Lage habe auch eine Minderwirkung auf die äußere
Politik. Das Bündnis mit dem Deutschen Reich sei
nicht bloß der natürliche Zusammenhang der beiden
Reiche, sondern ein Bündnis, das die Interessen des Landes
eine Herzogenschaft des deutschen Volkes in Österreich,
(Kaiserlicher Reichsland). Darüber hinausgehende Ver-
einbarungen müßten aber entschieden zurückgewiesen werden;
denn sie lieferten dem Gegner bereitwillig und be-
günstigende Waffen in die Hand und verletzten das
österreichische Empfinden der Deutschen. In dem Antrag
Dipolau sei ein Anzeichen zu erblicken, daß auch in diesem
Reich die Erkenntnis Platz gefinde, daß auch den Deutschen ein
Anrecht gelte und daß es einer gezielten Anwendung
bedürfte. Weiter erklärt, daß ohne einen klaren und entgegen-
stehenden Schritt der Sprachverordnungen, wozu die
Friede in Österreich möglich sei. (Kaiserlicher Reichsland und
Kaiserlicher Reichsland). Abg. Dr. Muz erklärt, so lange die Sprachver-
ordnungen beständen, könnten sich die Deutschen auf keine Ver-
handlungen einlassen. Die Deutschen erkennen Ausgleich mit
Ungarn als Staatsnotwendigkeit an, beschließen ihn aber, weil
sie den Ausgleich nicht als einseitig betrachten wollen.
Abg. Graf v. Diebenzucker (Wolter) führt aus, der
Umfang, daß die Deutschen nicht in die Verhandlung wegen
einer nationalen Verhandlung eintreten wollen, sei ein Ver-
weigerung, daß es sich ihnen um die Verwirklichung im Saale
handelt, sei aber sehr gefährlich, die einzige Person, auf
welcher die Parteien stützen könnten, den Parlamentarismus,
zu lähmen. (Kaiserlicher Reichsland). Generalreder
pro, Abgeordneter Chari (deutsch-jüdisch) erklärt,
eine Verwirklichung sei wünschenswert, aber nur auf gerechter
Basis. Generalreder contra, Abg. v. Sordil (ungarischer)
betont die Auslieferung der Sprachverordnungen, und unter-
scheidet, wenn der Reichstag auf so klaren Füßen stünde,
er durch die Sprachverordnungen gestört werden könnte,
dann wäre es um eine so schwache europäische Staaten-
konstitution traurig bestellt. Nach dem Schlußworte des
Abg. Sordil hat der Reichstag die Angelegenheit des
nationalen Eintrages der Sprachverordnungen am 17.
gegen 171 Stimmen angenommen. Vor Schluß der Sitzung
erregten sich heftige Szenen zwischen den Oppositions-
partei und den auf den Vorden in der Reihe der Opposition
stehenden Mitglieder der politischen Oppositionspartei, welche
für den Antrag votiert hatten. Die Sitzung dauerte
längere Zeit. Um 8 Uhr 25 Minuten schloß der Reichstag die
Sitzung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Sozialdemokratische Verband hat in Abgeordnetensau-
nein Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des § 14 des
Staatsstrafgesetzes (Nothverordnungsparagraf) ein-
gebracht.

In seine beschloffen in einer vertraulichen Beratung unter
dem Vorsitz des Reichstags 42 Gemeinderäte, ihr Mandat
nicht anzunehmen, und zwar wegen der beschuldigten Ein-
führung des ungarischen Uebertrages in die Reichstags-
sitzung.

Gegenüber einem Artikel der „Neuen Freien Presse“, worin
der Reichstag verurteilt wird, daß in politischen Kreisen im
Hintergrund die Erledigung des Ausgleichsprojekts die
heutige innere Situation als ganz unzulässig und demnach die
Stellung des Ministeriums Badiotti als vollkommen er-
klärt bezeichnet wird, führt das „Fremdenblatt“ aus:

„So durchdringt auch der mit diesen Ausstellungen ver-
folgte Reich sein mag, so glauben wir dennoch daß höher
präzisen zu sollen. Es handelt sich dabei lediglich um eine
neuerliche Anordnung der Distribution gegen das Ausgleichs-
projekt, nachdem, wie es scheint, auf diesem Gebiete noch
nicht genug gethan worden ist. Wir brauchen somit nicht
näher auszuführen, daß sich die politischen Ausstellungen der
„Neuen Freien Presse“ mit den thatsächlich bestehenden Verhält-
nissen in diametraler Gegensatz befinden.“

Frankreich.

Die Deputiertenkammer nahm einen vom Senate befristeten
Antrag an, nach welchem die Bestimmungen über die
Kriminaluntersuchung in der Weise geändert werden
sollen, daß die geheime Untersuchung in Formall kommt und
jedes ein Advokat dem Verhör eines Angeklagten beizu-
wohnen hat.

Das Syndikat der französischen Fortschrittsvereine über-
reichte dem Minister Sonntag eine Resolution, in welcher unter
Ausschluss der englischen Reichstags und die Revision eng-
lischer Staatsminister die Ueberzeugung ausgesprochen wird,
daß bei den englisch-französischen Ueberhand-
lungen die durch die französischen Aristokraten erworbenen
Rechte entschieden gewahrt werden.

Italien.

Die Konferenz, welche in Venedig getreten die Aufhebung
des Vertrages des Nord-Süd-Brenner-Eisenbahnes
betreffend, hat beschlossen, daß der Zug — unter Vorbehalt der
Bestätigung der österreichischen Regierung — am 1. d. d. d.
Wort des größeren Fremdenverkehrs bis Venedig, und auch
einmal wöchentlich bis Brindisi gehen sollte, vorausgesetzt, daß
der österreichische Lloyd für einen guten Ansehens in der
Dampferlinie Venedig-Alexandria sorgt. Man ist der Ansicht,
daß diese vorläufigen Beschlüsse endgültig genehmigt werden.
Andererseits hat der Reichstag in Venedig, wo die deutsche
nach in Frankfurt zusammen tretenden Konferenz behandelt
werden.

Dänemark.

Bei der Fortsetzung der Beratung im Landsting über die
Zollvorlage erklärte der frühere Ministerpräsident von
Weech-Johst, er sei mit seinen Parteigenossen über die
Vorlage nicht einig. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten
Christrup gegenüber bemerkte der Redner, man dürfe die von
Folletting dargebotene Hand nicht zurückweisen. Bei gutem
Willen von allen Seiten könne man zur Verständigung ge-
langen.

Chemnitzer Werkzeugmaschinen-Fabrik

vorm. Joh. Zimmermann in Chemnitz

empfiehlt sich zur Lieferung von
Ein-, Tandem-, Compound- und Triple-Expansionsmaschinen
 in allen Grössen nach dem bewährten

Dampfmaschinensystem Wheelock,

welches auf der **Industrie- u. Gewerbe-Ausstellung in Leipzig** den
höchsten Preis — die Königlich Sächsische Staatsmedaille —

vorher die **ersten Preise** auf den Ausstellungen zu **Boston, Cincinnati,**
New-York, Philadelphia und Paris erhielt.



Operngucker, Krimstecher
 mit Gläsern von unübertrefflicher Wirkung empfiehlt in reichhaltigster Auswahl billigst
Otto Unbekannt
 Gr. Ulrichstrasse 1a.

Fabrik u. Handlung landwirthschaftlicher Maschinen.

Empfehlen und liefern die als vorzüglich bekannten

Rud. Sack'schen Fabrikate:

Pflüge, Drillmaschinen etc.

und unterhalten ein bedeutendes Lager darin,

Schmidt & Spiegel Halle a. S.
 50 Magdeburger Str. 50
 desgl. in
 Hückselmaschinen, Gabel u. Dreschmaschinen, Reinigungsmaschinen, Schrotmühlen, Rübenschneller, Kartoffeldämpfer, Kartoffelquetschen, Düngermaschinen, Düngermühlen, Decimal- u. Viehwagen, Centrifugen und allen anderen landwirthschaftlichen Maschinen. Grosses Reservetheile-Lager.
 Reparaturen aller Art werden sachgemäss und gut ausgeführt.

Erstes Hallesches Sprach-Institut

Methode Berlitz.
 Englisch, Französisch, Italienisch.
 Geprüfte nationale Lehrkräfte.

Anmeldungen
an der Sternstrasse 8.
 Frequenz meiner Institute:
 1894-1895 57 Schüler,
 1895-1896 255 " "
 1896-1897 472 " "
R. M. Schurig.

Lehranst. Damenschneiderei
 System Hirsch.
 Grdl. Ausbild. im Zuschneiden, Schnittzeichnen und prakt. Arbeit. Die Schülerinnen fertigen eigene Garderobe. Kurse für Schnittzeichnen.
 Frau Rosa Frankow,
 Sternstrasse 6, II.



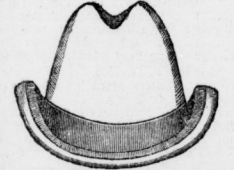
Fürthenthal 8
 Institut für Geheimschreiben und Schönheitspflege. Methode Geim. Schöners, Berlin. Für Herren Form. von 9-12 Uhr Damen Vorm. 8-6 Uhr, ebenso Nachmittags und moderne Methode.
 Preislich Unterricht und Verkauf Simon'scher Geheimschreibungs-Apparate (Schluss gegen vorzeitige Zahlung).

Schneidreparatur Werkstätten Schneider & Hensch, Buchbergstrasse 59, hält sich bei schneller und guter Bedienung bestens empfohlen.



C. Hammer
 42 Leipzig Str. 42.
 Specialität
Regulatoren
 100. 1m 1000.
 Verlangen gegen Nachnahme.
 Reparaturen:
 Feder einlegen 1. A.
 Glas, Zeiger, Uhrwerke
 2 10.-

Neuheit!



Steifer Filzhut!
 D. R. G. M. Sch. Nr. 72999
 zu haben bei

Christian Voigt,
 Schmeichstrasse 21.

Größte Auswahl
 von neuen und altermodernen Mädeln in Hüftmann, Halbmann und Strick, als: Häfies, Herren- und Damen Schreitische, Herrschafts, Kleider und andere Schürze, Plüschmützen, Zopfes, Tricour u. andere Spiegel, Couffien, Steg und Ausziehfische, Stühle jeder Art, Bestickten mit und ohne Watzen, Stoffstücke mit und ohne Wärmor, Küchenkränze u. v. m. verkauft billig.

Friedrich Polleke,
 Geitstrasse 25.
 Auch werden alte Mädel teils mit in Abgabe genommen.

Die Expeditionen der Enale-Zeitung befinden sich
 Gr. Berlin, Neue Rosenstraße 1 und Markt 24 (Schlagzeubude).

Seidenhaus Schlenner & Jacoby

Leipzig, Peterstrasse 41.
 Reichhaltige Auswahl aller Arten

Sammet- und Seidenstoffe.

Bachschelde, reine Seide, Meter 90 S.
Farbige Damaste, reine Seide, Meter von 250 M. an.
Schwarze Seiden-Damaste, Meter von 1,75 M. an.

Specialität:

Seidenstoffe für Brautkleider. Brautschleier in jeder Grösse.

Japanische Seidentücher, gestickt, Stück von 25 S.
Seidene Halsstücher für Damen und Herren.
Seidene Echarpes, Shawis, Schürzen, Unterröcke.

Für den Winter!

- Was haben wir unserer Kundschaft Vortheilhaftes anzubieten:
- 1) einen Vofen schwere Kerfbrü 124 bis 134 cm breit, Nümmungspreis M. 450 bis 580 per Meter;
 - 2) einen Vofen mittelförmere Diagonal-Gebriets, schöne Farbenwahl, 130 cm breit M. 450 per Meter;
 - 3) einen Vofen schwere, fleidarme Diagonal-Gebriets 140 cm breit M. 520 per Meter;
 - 4) viele andere einfarbige, melierte und gemalterte Stoffe für Herren- und Damenanzüge, Jacketts, Mäntel und Weintücher in den verschiedensten Preislagen.
- Abgabe beliebiger Maße an Nebermann. Verlangen Sie vorzeitige Aufhebung der Mäntel und überzeugen Sie sich von der Gediegenheit und Billigkeit unseres Angebots.

Gebrüder Dold, Zuschneidfabrikanten, Bilingen im Schwarzwald.



Pferdestall- und Geflügelkammer-Einrichtungen

für Luxus- und Arbeitstierde in eleganter und gediegener Ausführung empfiehlt
Eisenwerk Carlshütte
 Alfeld a. d. Leine.
 Kostenanschläge auf Wunsch. (ad)

Fürstlich Stolberg'sches Hüttenamt

zu Ilsenburg a. Harz.

Gliesserei und Kunstgiesserei, Maschinenfabrik, Walzwerk, Achsen- und Schienenmängel-Fabrik, Blankeschmiede.

Gusswaren: gewöhnlicher und reich ornamentirter Bauguss, Oefen, Roststäbe, Fenster, Treppen, Geländer für Treppen u. Brücken, Candelaber für Gas- und elektrische Beleuchtung, Apparate für chem. Fabriken und Gasanstalten, Sulfat-Plannen, Retorten, Gusswasser-Röhren, Hartguss-Räder für Gruben, Ziegeleien, Steinbrüche, Bauunternehmer u. s. w., Hartgusswalzen, Roststäbe u. s. w.

Kunstguss in vorzüglichster Ausführung, Reproduction alter Waffen, Cassetten u. s. w. und Herstellung nach eigenen Compositionen.
Dampfmaschinen, einschlägige, Zwillings- und Verbundmaschinen mit Frictions-Schiebersteuerung, Pumpen, als Wasser-, Luft-, Kohlensäure-, Compressions- und Speisepumpen, hydraulische Pressen und Pumpwerke, Bergwerksmaschinen, vollständige Einrichtungen von Zuckerfabriken, Holzschleifereien u. s. w.

Walzisen, Schienenmängel, Wageneisen, Blankeschmiedewaren, wie Acete, Helle, Hübennacken u. s. w. (ad)

Mehr zu bieten ist nicht möglich!!!

300 Stück Cuba-Pflanzer (H. Manilla-Dacon) kosten jetzt nur **5 Mark 50 Pf.** frei ins Haus gegen Einzahlung oder Nachnahme. 500 Stück 7 Mk. 100 Stück nur 15 Mk. portofrei. Gewünschte: Umtrieb und Briefnachnahme. Jeder beliebt und wohlthunend! Bestellen Sie an
Cigarrenverhandlung C. Schlegel, Dausig 14.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: B. König in Halle.

G. Nauck,
 Leipzig, Brühl Nr. 43.
 Großes Lager in:
Pelzwaren
 nur eigener, streng reeller Fabrikation unter Garantie.
Specialität:
 Herren- und Damenpelze, Capes und Pelzen.
 Alle Neuheiten der Saison.
 Deckenfelle, Jagd- und Reiseartikel.
 Schlitzen und Wagendecken.
 Anfertigung nach Maß.
 Umänderungen. Reichhaltiges Stofflager.

Lokomobilen bis 200 Pferdekr.
 für Industrie und Gewerbe
 beste und sparsamste Betriebskraft der Gegenwart.
 1895/96 1191 Stück verkauft.
HEINRICH LANZ, Mannheim und Berlin.

Kluge Damen kaufen nur
Mann & Stumpe's einzig echte Mohair-Besenborde,
 welche, weil **echt Mohair,** keinen Staub aufnimmt; jede Pappo trägt, um vor **Betrug** zu schützen, die Namen der Erfinder **„Mann & Stumpe“.**
 Nachahmungen, u. a. Primitivissima, haben in der Borde und innerem Plüsch **nur Wolle,** daher grosse Staubaufnahme.

Erich Wedekind, Civilingenieur, Halle a. S.,
 Merseburger Str. 6.
 Generalvertretung von **Gebr. Körting** Körtzingdorf bei Hannover.
Gas-, Benzin- und Petroleum-Motore.
 Strahlapparate.
 Elektrische Anlagen.
 Heizungsanlagen.
Körting's Gasdynamo.

Halle. Druck und Verlag von Otto Denbel.

Mit Beifügung, Unterhaltungsblatt und Bl. f. Gaus.